

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend Startup-Förderung im Verwaltungsrat der Technopark AG, eingereicht von Gemeinderätin S. Gygax-Matter (GLP) und Gemeinderat U. Hofer (FDP)

Am 3. Dezember 2018 reichten Gemeinderätin Silvia Gygax-Matter, namens der GLP-Fraktion, und Gemeinderat Urs Hofer, namens der FDP-Fraktion, folgende Schriftliche Anfrage ein:

«Seit 2010 kann die Technopark AG dank guter Auslastung den Aktionären eine Dividende von 2% des nominalen Aktienkapitals ausschütten. Dies ist einerseits erfreulich. Andererseits ist Rendite nicht das Ziel der Stadt bei der Beteiligung an der Technopark AG. Die Technopark AG ist nicht als Immobilienfirma angedacht worden, welche Büroräumlichkeiten vermietet. Für die Stadt Winterthur ist das Ziel des Technoparkes die Förderung von Jungunternehmen. «Der Technopark Winterthur konzentriert sich auf die Förderung von Startups und festigt damit seinen Ruf als führende Institution für Jungunternehmen und Innovation in Winterthur.» (<https://tpw.ch>). Erfolg bedeutet, viele Jungunternehmen auf ihrem Weg zu begleiten und ihnen die notwendige Unterstützung und Hilfestellungen anzubieten. Anstatt Dividenden auszuschütten, könnte die Technopark AG die Gelder gezielt für Programme zur Startup-Förderung einsetzen.

Wichtig ist auch eine Nähe zur Startup-Szene von Winterthur. Deshalb ist es sinnvoll, wenn im Verwaltungsrat der Technopark AG auch die Startup-Community eine Stimme hat. Zurzeit beträgt das Durchschnittsalter des aktuellen Technopark Verwaltungsrates über 60 Jahre, wobei das jüngste Mitglied 51-jährig ist. Zudem hat keines der Mitglieder in den letzten Jahren ein Winterthurer Startup gegründet und dadurch täglichen Bezug zur Winterthurer Startup-Szene.

Die Stadt Winterthur ist Aktionärin der Technopark AG mit einem Anteil von rund 38% und hat mit dem Stadtpräsidenten Mike Künzle einen Verwaltungsrat. Als Grosser Gemeinderat möchten wir unseren Vertreter im Verwaltungsrat auffordern, sich für einen Sitz der Startup-Community im Verwaltungsrat des Technoparks einzusetzen und die Frage der Ausschüttung der Dividenden aufzuwerfen.

Wir fragen daher den Stadtrat:

- 1) Kann sich der Vertreter der Stadt Winterthur im Verwaltungsrat der Technopark AG vorstellen, sich dafür einzusetzen, dass die Startups einen Sitz im Verwaltungsrat erhalten? Wie will er das machen?*
- 2) Kann sich der Vertreter der Stadt Winterthur im Verwaltungsrat der Technopark AG vorstellen, einen Antrag für eine alternative Verwendung der Dividenden zu stellen? Denkbar wäre die Zuweisung der Dividenden in einen Fonds für Programme und Projekte zur Förderung des Startup-Ökosystems. Wie will er das machen?»*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Die Technopark Winterthur AG (nachfolgend Technopark AG) ist ein eigenständiges Unternehmen in Form einer Public-Private-Partnership, in welcher sich die Stadt Winterthur, der Kanton Zürich und die Privatwirtschaft der Region Winterthur gemeinsam als Aktionäre engagieren. Dieses Modell der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatunternehmen ist einzigartig in der Innovationslandschaft der Schweiz und hat sich als Erfolg erwiesen – sowohl in kommerzieller Hinsicht als auch bezüglich seiner Wirkung zugunsten der Standortförderung. Die Stadt ist mit einem Aktienkapital von 4.5 Mio. Franken (Aktienkapital total: 11.7 Mio. Franken) an der Technopark AG beteiligt.

Bereits in Beantwortung der Interpellation betreffend Standortbestimmung bei der Beteiligung an der Winterthurer Technopark AG (GGR-Nr. 2016.87) hat sich der Stadtrat einlässlich zur Bedeutung dieser Public-Private-Partnership für die Startup-Förderung geäußert, weshalb bezüglich deren vielfältigen Bereiche vorab auf die damaligen Ausführungen verwiesen werden kann, die nach wie vor Gültigkeit haben. Von den zahlreichen Massnahmen, die in dieser Stellungnahme thematisiert wurden, sind inzwischen die meisten umgesetzt. Hinzu tritt, dass die Technopark AG inzwischen ihre Strategie für die Jahre 2018 – 2021 unter dem Titel «Wo Startups abheben» geschärft und ein Paket von insgesamt 22 Massnahmen mit fünf Stossrichtungen in die Wege geleitet hat. Diese Stossrichtungen sind a) die Verstärkung der Netzwerk- und Drehscheibenfunktion, b) die Ausweitung der individuellen Förderung ambitionierter Startups, c) die Fokussierung auf drei Kernthemen, in denen Winterthur besonders gute Voraussetzungen mitbringt (Energie, Gesundheit, industrielle Prozesse), d) der vermehrte Einbezug der regionalen Wirtschaft und regionaler Organisationen in die Aktivitäten des Technoparks und e) die Anpassung von Gebäude und Infrastruktur an die veränderten Bedürfnisse. Die Strategie und ihre Massnahmenplanung sind insgesamt so ausgestaltet, dass sie von der Technopark AG mit eigenen Mitteln (d.h. mit Erträgen aus dem Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäft) umsetzbar ist.

Im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Strategie hat der Verwaltungsrat auch einen Handlungsbedarf bei seiner Zusammensetzung erkannt. Er hat darum einen Ausschuss bestellt, der sich mit der Nomination von Persönlichkeiten als zukünftigen Verwaltungsratsmitgliedern befasst, die dem Bedürfnis nach Verjüngung und Diversifizierung entsprechen sowie zugleich auch Erfahrung aus dem eigenverantwortlichen Unternehmertum mitbringen. Die Verwaltungsratswahlen werden an der nächsten Generalversammlung der Technopark AG im Mai 2019 durchgeführt.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

«Kann sich der Vertreter der Stadt Winterthur im Verwaltungsrat der Technopark AG vorstellen, sich dafür einzusetzen, dass die Startups einen Sitz im Verwaltungsrat erhalten? Wie will er das machen?»

Wie vorstehend erläutert, ist der Verwaltungsrat der Technopark AG bereits daran, eine Erneuerung seiner Zusammensetzung in die Wege zu leiten. Der bestellte Ausschuss hat nach intensiver Suche geeignete Kandidatinnen und Kandidaten gefunden, die inzwischen vom Verwaltungsrat nominiert worden sind und an der Generalversammlung zur Wahl vorgeschlagen werden sollen. Der Stadtpräsident hat sich als Vertreter der Stadt Winterthur ebenfalls für eine Verjüngung und Diversifizierung des Verwaltungsrats ausgesprochen und dabei auch eine Vertretung des «Entrepreneur Club», einer Plattform, die sich für Belange von Startups einsetzt, angeregt. Die nunmehr nominierten Personen sind zwar nicht Mitglieder im Entrepreneur Club, erfüllen aber die Erwartungen bezüglich Alter, Dynamik und Unternehmertum. In näherer Zukunft wird es im Verwaltungsrat erneut zu Vakanzen kommen, so dass sich weitere Gelegenheiten für eine Einsitznahme eines Mitglieds dieser Vereinigung ergeben werden. Letztendlich entscheidet aber die Generalversammlung der Gesellschaft über die personelle Zusammensetzung ihres Verwaltungsrats.

Zur Frage 2:

«Kann sich der Vertreter der Stadt Winterthur im Verwaltungsrat der Technopark AG vorstellen, einen Antrag für eine alternative Verwendung der Dividenden zu stellen? Denkbar wäre die Zuweisung der Dividenden in einen Fonds für Programme und Projekte zur Förderung des Startup-Ökosystems. Wie will er das machen?»

Die Umsetzung der Strategie für die Jahre 2018 – 2021 ist mit Kosten von bis zu 2 Mio. Franken veranschlagt, wobei deren effektive Höhe im Wesentlichen von der individuellen Ausgestaltung der geplanten Massnahmen abhängen wird. Die Strategie soll wie eingangs gesagt mit eigenen Mitteln und ohne Erhöhung des Aktienkapitals umgesetzt werden können. Dies bedeutet aber auch, dass künftig ein erheblicher Teil des Jahresgewinns für die Planung und Umsetzung strategischer Massnahmen zugunsten der Startups eingesetzt wird. Zentral wird in diesem Rahmen die Ausweitung der individuellen Förderung ambitionierter Startups sein. Dazu zählt ein Förderkorb mit geldwerten Leistungen (A-fonds-perdu-Beiträgen) und ein verbesserter Zugang zu Investoren sowie Förderprogrammen. Ferner wird die «Startup-Community» durch die Intensivierung der Netzwerk- und Drehscheibenfunktion gestärkt. Dem «Entrepreneur Club» werden weiterhin kostenlos Räumlichkeiten für sein Vereinsbüro, sein Co-Working-Angebot sowie für seine Grossveranstaltungen (Hackathon, Startup Night) zur Verfügung gestellt. Auch ein weiteres Startup-Förderangebot, der RUNWAY, erhält von der Technopark AG kostenlos Räumlichkeiten für zwölf junge Startups aus dem ZHAW-Umfeld. Der RUNWAY ist eine Initiative der ZHAW School of Management and Law, finanziert von der ZKB, welche Startups in ihrer Entstehungsphase befähigt, rascher und gezielter wirtschaftlich voran zu kommen.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die Technopark AG heute schon in hohem Mass für die Startup-Förderung einsetzt und dieses Engagement mit seiner Strategieumsetzung in den kommenden Jahren noch verstärken wird. Ferner hat der Verwaltungsrat beschlossen, die Ausrichtung und Umsetzung seiner Strategie alle zwei Jahre einem kritischen Review zu unterziehen und bei Bedarf Änderungen vorzunehmen. Ein erstes solches Controlling steht im zweiten Halbjahr 2019 bevor. In diesem Rahmen wird der städtische Vertreter im Verwaltungsrat die Anliegen des Wirtschaftsstandorts Winterthur einbringen, was auch die spezifischen Anliegen und Interessen der lokalen Startups miteinschliesst.

Im Übrigen liegt es grundsätzlich in der Zuständigkeit der Generalversammlung, über die Gewinnverwendung der Technopark AG, und damit auch über allfällige Dividendenauszahlungen zu entscheiden. Die Stadt Winterthur kann nur nach Massgabe ihres Aktienanteils darauf Einfluss nehmen. Der Stadtrat ist dabei nicht prinzipiell gegen die Auszahlung von Dividenden. Sie sind im gegebenen Fall als Anreiz und zugleich auch massvolle Entschädigung dafür zu sehen, dass sich private Unternehmen an einer Public-Private-Partnership wie der Technopark AG zugunsten der Startup-Förderung beteiligen. Gerade in diesem Bereich hat sich das Zusammenwirken von öffentlicher Hand und Unternehmen der Privatwirtschaft als besonders Gewinn bringend erwiesen. Ohne Mitwirkung der Privatwirtschaft wäre der öffentlichen Hand eine gezielte Förderung von Jungunternehmen in verschiedener Hinsicht erschwert. Würde sich die Stadt nun bei der Technopark AG für einen Dividendenverzicht einsetzen, stellte dies solche kooperativen Zusammenarbeitsformen von Gemeinwesen und Privatunternehmen grundsätzlich in Frage, was letztlich auch der gemeinsamen Unterstützung von Startups abträglich wäre.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon